

# Arbeiterstreiks, Panzer, Zugeständnisse.

## Der Kampf um soziale Gerechtigkeit 1948 und 1953.



28.10.1948

Streiks und Proteste in Stuttgart („Stuttgarter Vorfälle“). In der US-amerikanischen und englischen Besatzungszone kommt es zu Streiks und Protesten für Preisregulierung, Lohnerhöhung und Mitbestimmung, die in Stuttgart zu schweren Unruhen führen. Sie werden durch die US-Militärpolizei mit Panzern und Tränengas beendet. Der Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone, General Clay, verhängt ein Ausgehverbot für die Bewohner der ganzen Stadt. Hintergrund ist eine Wucher-Preisentwicklung, die von den Gewerkschaften als Folge der Politik des **Wirtschaftsrates in Frankfurt**, angesehen wird. Mit der Währungsreform vom Juni 1948 war nach der Einführung der DM vom 24.06.1948, die Aufhebung jener Preiskontrollen durchgesetzt. Arbeiter und Angestellte fordern ihre Wiedereinführung.



11.11.1948

Wirtschaftsminister Ludwig Erhard versucht in einer Rundfunkansprache glaubhaft zu machen, dass nicht „falsche Wirtschaftspolitik für diese Erscheinungen verantwortlich“ sei und der Gewerkschaft die „**Rettung des unhaltbaren Dogmas der kollektivistischen Wirtschaft**“ und eine Auffassung von Planwirtschaft vorgeworfen, die nichts anderes als „**Zwangswirtschaft mit verhängnisvollen Wirkungen**“ sei und darauf hingewiesen, dass „**die verdächtige Sympathie der Ost-Zonen-SED mit dieser Aktion gefährlich ist und höchst bedenklich stimmen muss**“.

### Die ungewollte Radikalisierung

Stuttgart (Privatmeldung). Der Direktor der Militärregierung für Württemberg-Baden, Charles M. La Follette, verfügte für Groß-Stuttgart als Strafmaßnahme ein Ausgehverbot von 21 Uhr abends bis 4 Uhr morgens. Unmittelbar nach Entgegennahme des Befehls wandten sich Ministerpräsident Dr. M a i e r und Oberbürgermeister Dr. Klett telegraphisch an General Clay und baten ihn, den Befehl zurückzunehmen.

### „Proteste größten Ausmaßes“

Münster, 27. Okt. (ADN). Der Bundesrat des deutschen Gewerkschaftsbundes in der britischen Besatzungszone beschloß einstimmig am Dienstag auf einer Tagung in Münster, den Bundesvorstand zu beauftragen, alle Vorbereitungen für die Durchführung großer Protestaktionen der Werktätigen zu treffen, um eine grundlegende Änderung der Frankfurter Wirtschaftspolitik herbeizuführen.

70.000 Werktätige demonstrieren in Stuttgart

### Massenproteste gegen Frankfurt

Mit Tränengas und Bajonetten gegen Arbeiter / Deutsche Polizei sekundierte amerikanische MP Stuttgart, 28. Okt. (ADN). 70.000 Stuttgarter Werktätige folgten am Donnerstagmorgen dem Ruf ihrer Gewerkschaftsführung, um in öffentlicher Protestkundgebung gegen die Preissteigerungen und die niedrigen Löhne ihren Forderungen nachhaltige Resonanz zu geben. Schon vor Beginn der Kundgebung ruhte in Stuttgart die Arbeit. Auch die Verkehrsmittel lagen still. Der Landtag unterbrach seine Sitzung, in der ebenfalls die Preissteigerungen zur Debatte stehen.

Als der Vorsitzende des Ortskartells Stuttgart des württembergisch-badischen Gewerkschaftsbundes, Hans Stetter (SPD), das Wort nahm, war das weite Rund des Karlsplatzes dicht mit Menschen angefüllt. Über den Köpfen der vielen Tausende leuchteten Transparente mit der Aufschrift: „Herunter mit den Preisen und dem Wirtschaftsminister Erhard.“ Gemeinsam wollten wir, so erklärte Stetter, die deutsche Heimat nach dem Zusammenbruch aufbauen. Aber der Tatwille der Arbeiter wurde schlecht belohnt. Die Folgeerscheinung der Währungsreform hat uns in trostloses Elend gebracht, für das Professor Erhard die Verantwortung trägt.

### Freitag Generalstreik

Anweisungen des Vorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Düsseldorf, 9. November (ADN). Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat Weisung gegeben, daß der Generalstreik am Freitag die gesamte Industrie, die Land- und Forstwirtschaft, alle Gewerbe- und Handwerksbetriebe sowie das gesamte Verkehrswesen einschließlich der Wasser- und Strombetriebe umfaßt. Ausgenommen vom Generalstreik bleiben die sogenannten Notdienste sowie Arbeiten für die Militärbehörden. Den einzelnen Industriegewerkschaften wird volle Freiheit für die Durchführung des Streiks sowie für Ausnahmeregelungen gegeben, die sich aus der besonderen Lage der einzelnen Gewerkschaften oder örtlichen Verhältnisse ergeben könnten.

Der Vorsitzende des Essener Gewerkschaftsausschusses Pawlick gab bekannt, daß sich die Gewerkschaftsfunktionäre nur nach den Anordnungen des DGB-Vorsitzenden Roedel richten werden. Alle anderen Anordnungen so auch von der britischen Militärregierung wurden nicht befolgt.



12.11.1948

Generalstreik in der Bizone, dem Zusammenschluss von US-amerikanischer und englischer Besatzungszone. In der französischen wird der Streik streng verboten. Es ist der größte Streik in Deutschland seit dem Kapp-Putsch. Über neun Millionen Arbeitnehmer aus Industrie, Handwerk, Handel und Verkehrswesen - 72 Prozent der 11,7 Millionen Beschäftigten dieses Gebietes stehen im Generalstreik, gegen Ludwig Erhard und die Einführung der Marktwirtschaft, gegen Preistreiber der Unternehmer, für Lohnerhöhungen und mehr Wirtschaftsdemokratie. Gefordert werden Wiederherstellung der staatliche Bewirtschaftung im Ernährungssektor, Planung und Lenkung im gewerblich-industriellen Sektor, Außenhandel und Großverkehr, Überführung der Grundstoffindustrie und Kreditinstitute in Gemeinwirtschaft, Demokratisierung der Wirtschaft und gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften in allen Organen der wirtschaftliche Selbstverwaltung. Die Militärgouverneure befürchteten politische

Eruptionen, denn im Zentrum der Proteste steht der einflussreichste Mann westzonaler Wirtschaftspolitik, Ludwig Erhard, und mit ihm das Konstrukt sozialer Marktwirtschaft. Kurz nach dem Streik erhält Ludwig Erhard ein Telegramm vom Vorsitzenden der CDU, Konrad Adenauer, mit der Aufforderung, mit allen „zur Verfügung stehenden Mitteln gegen unbegründete Preissteigerungen“ vorzugehen und die „Angleichung zurückgebliebener Löhne und Bezüge an das Preisniveau“ zu beschleunigen. Ein Streikerfolg der Gewerkschaften hätte möglicherweise zum Stopp der Restauration der alten Besitzverhältnisse geführt und der Weg in die Wirtschaftsdemokratie wäre vor Gründung der BRD frei gewesen.

### Der Wirtschaftsrat zum Generalstreik

Frankfurt a. Main, 10. November (ADN). Im Wirtschaftsrat nahm Oberdirektor Dr. Pünder zum Generalstreikbeschuß der westdeutschen Gewerkschaften Stellung. Er wiederholte seine Erklärung vom Montag, daß der Verwaltungsrat die Arbeitsniederlegung „unter gar keinen Umständen“ billige.

### 12 Millionen legten die Arbeit nieder

Die ersten Berichte vom Generalstreik in Westdeutschland

Frankfurt (Main), 11. Nov. (ND). Gestern abend um 22 Uhr haben die Bergarbeiter der Bizone als erste die 12 Millionen Werktätige umfassenden Streikbewegung die Arbeit niedergelegt und damit den Generalstreik eingeleitet. Die Erklärungen Dr. Pünders und Professor Erhards, daß wirkungsvolle Maßnahmen der Bizonenverwaltung gegen die Preissteigerung nicht zu erwarten sind, haben die Werktätigen der Bizone in ihrem Beschluß noch bestärkt. Der Vorsitzende des DGB-Kreis Ausschusses Hannover unterstrich auf einer Versammlung in der niedersächsischen Landeshauptstadt noch einmal die Forderungen und betonte, daß man, falls die Frankfurter Behörden nach dem befristeten Generalstreik das Zehn-Punkte-Programm der Gewerkschaften nicht annehmen sollten, gewillt sei, die Grundstoffindustrien stillzulegen. Auch der Präsident des Bayerischen Gewerkschaftsbundes, Hagen, erklärte, daß diese Aktion selbstverständlich nicht der letzte Schritt sei, der unternommen werde.

Neues Deutschland 12.11.1948

28.05.1953

Bekanntmachung des Beschlusses des Ministerrates der DDR zur Erhöhung der Arbeitsnormen für Industrie und Bauwesen, was im Juni dann von den Arbeitern als Lohnneibuße erlebt wird. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen ab Herbst 1952 hatten bereits zu einem spürbaren Sozialabbau in der DDR geführt. Einige Preise für lebensnotwendige Güter waren erhöht worden, Bevölkerungsgruppen erhielte keine Lebensmittelkarten mehr, Steuern wurden für Freischaffende, Handwerker, Gewerbetreibende und Großbauern erhöht. Die Bürger der DDR erlebten im Gefolge gravierende Versorgungslücken.

Unmut erfasst immer mehr Teile der Bevölkerung.

11.06.1953

Unvermittelt werden die meisten Einschnitte in das Lebensniveau der Bürger zurückgenommen. Mitarbeiter, die in Staatsorganen, Parteien und Organisationen an den Maßnahmen des Sozialabbaus mitgewirkt hatten, werden ungläubig. Die Arbeiter in Industrie und Bauwesen sind verbittert, denn die Normerhöhungen für sie werden nicht zurück genommen.

15.06.1953

Erste offene Protestaktion auf der Berliner Großbaustelle Stalinallee. Eine Delegation wird beauftragt Ministerpräsident Grotewohl die Forderung zu überbringen, die Normerhöhung bis zum Mittag des Folgetages zurückzunehmen.



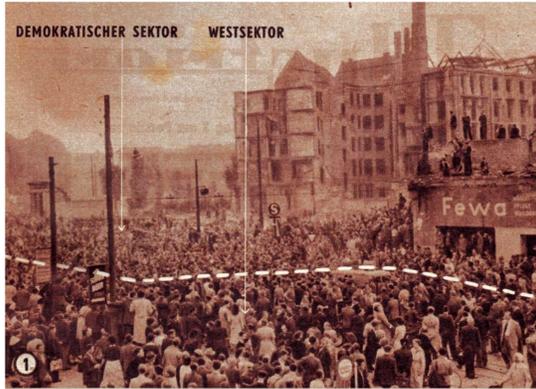
Neues Deutschland, Berliner Bauarbeiter demonstrieren für die Senkung der Arbeitsnormen

16.06.1953

Die Zeitungen „Neues Deutschland“ (Zentralorgan der SED) und die Gewerkschaftszeitung „Tribüne“ verteidigen in ihren früh erscheinenden Ausgaben die Normerhöhungen und der Westberliner Rundfunksender RIAS beginnt über die Streiks in Ostberlin zu berichten. Im Verlaufe des Tages wird der Beschluss zur administrativen Erhöhung der Normen zurück genommen. Das dringt jedoch nicht mehr durch. Bauarbeiter bilden von der Stalinallee einen großen Demonstrationsszug bis zum Haus der Ministerien. Insbesondere durch den RIAS informiert, schließen sich immer mehr, darunter Westberliner an. Gefordert werden: Auszahlung der Löhne nach alten Normen, Senkung der Lebenshaltungskosten, freie, geheime Wahlen, keine Maßregelung der Streikenden und ihrer Sprecher.

17.06.1953

Der Berliner Streik wird in der DDR bekannt. In Hunderten von Orten finden Demonstrationen statt. Sie begannen zumeist mit Märschen von streikenden Arbeitern, denen sich Lehrlinge und Rentner, Hausfrauen und Geschäftsleute anschließen. Protestveranstaltungen gibt es auch in Dörfern. Die heftigsten Proteste finden in den traditionellen Arbeiterhochburgen statt und erfassen auch die Basis der SED. Vierterorts kommt es zu Ausschreitungen, mancherorts zu Verwüstung von staatlichen Einrichtungen und Parteibüros, zur Erstür-



Am 17. Juni 1953 - am Tage X strömten Tausende aufgeputschter und gut bezahlter Provokateure, Tango-Boys und 8-Groschenjungen aus den Berliner Westsektoren über den Potsdamer Platz in den demokratischen Sektor. Die Bauarbeiter der Stalinallee, mißgestimmt über einige Maßnahmen unserer und ihrer Regierung, die sofort zurückgezogen wurden, waren auf dem Bau geblieben, hätten sie gewußt, was für „Hilfstruppen“ ihnen die amerikanischen Drahtzieher schicken würden. Die „Hamburger Volkszeitung“, die zum Beweis für die Tatsache des Westberliner Einbruches 2 Fotos der westlichen Bildagentur dpa veröffentlichte, wurde verboten (rechts)

NBI 17.Juni - 01.07.1953

### Tag X gescheitert

Die faschistischen Provokationen am 17. Juni 1953 in Berlin

Wie ist es erklärlich, daß gerade der 17. Juni zum Tage X bestimmt wurde, von dem die Westpresse schon seit Wochen und Monaten inselnt die Antwort ist einfach: Die Kriegshetzer waren wieder einmal in Zeitnot geraten. Die sowjetische Friedensinitiative hatte die Möglichkeit von Viermächteverhandlungen in die Nähe gerückt. Den neuen, dem Wohlstand und der Einheit dienenden Kurs unserer Regierung begrüßten Millionen in ganz Deutschland und anderen Adressaten. Man brauchte einen neuen „Blaß-Putsch“, um wie damals während der Adenauer-Ära bei den bevorstehenden Bundestagswahlen offenbar zu tun. „Associated Press“ berichtete, „Man brauchte einen neuen „Blaß-Putsch“, um wie damals während der Adenauer-Ära bei den bevorstehenden Bundestagswahlen offenbar zu tun.“ Die Propagandisten kamen aus ihrem Schlafwachen, begannen ihre Arbeit. Die von ihnen mitbestimmten Werktätigen wurden durch den Übergriff von dem Lande, das zu allen Zeiten aus Westberlin in den demokratischen Sektor geschaut wurde, Brandfackeln loderten, Schellen klirrten, der Mob überfiel und plünderte. - Nur weil die Bauarbeiter von der Stalinallee nicht nicht der Metallarbeiter von Hennigsdorf und nicht die anderen, die sich zu einem unüberlegten Streik verließen ließen. Das waren die Banden der BRD, der Kampfgruppe und andere faschistische Elemente. Der Streik ist vorüber. Es ist kein Ruhmesblatt in der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse. Aber den Feinden unseres Volkes hat dieser Tag X gezeigt, daß der überlegene Teil unserer Werktätigen immer den Rücken kehrt und die Arbeitsplätze nicht verläßt, und - sie bekommen einen guten Anschauungsunterricht von der Kraft unseres Friedenslagers und den Brand wenigen Stunden blühte, der sich leicht zu weit schredelnden Konflikten hätte ausweiten können. Sie haben ihre 5. Kolonne aufgespielt sie haben alles versucht - und alles ist gescheitert!

Langhaarige Lümmel, randalierende Rowdies, Westberliner Mob und Janhagel zogen die Brandfackeln ihrer Auftraggeber aus den Taschen, prügeln, plünderten, brandschatzten... So gingen die ersten Kioske und Friedensplakate am Potsdamer Platz in Flammen auf (Mitte links), dann das Café Vaterland: das Werk faschistischer Banden



NBI 01.07.1953

Das sind keine Arbeiter, die hier - völlig sinnlos - mit Steinen und Stöcken, mit Revolvern und Binokularen gegen die Panzer der Sowjetarmee vorgehen, um blühige Zwischenfälle zu provozieren. Bewundernswert ist die Geduld und die Disziplin der Sowjetsoldaten, die so human gegen dieses Gesindel vorgehen - obwohl viele der Panzerbesatzungen durch Steinwürfe der Banditen schwer verwundet wurden (Mitte oben)

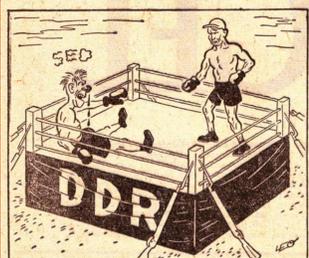


5

21.06.1953

In der Nachtsitzung des ZK der SED spricht Kurt Hager von „Arbeitern, die auf die Straße gegangen waren, nicht weil sie Rowdies waren, sondern weil aus ihnen all das an Unzufriedenheit herausbrach, was sich bei ihnen seit acht Jahren angesammelt hatte.“

### Ihre Punkte



„Erstens, mein lieber Werktätiger, war es ein Schlag unterhalb der Parteilinie. Zweitens hast du nicht selbst geschlagen, sondern dir die Hand führen lassen. Drittens bist du sicher so gut und bringst mich wieder hoch.“ Zeichnung von Leo Kleiwert

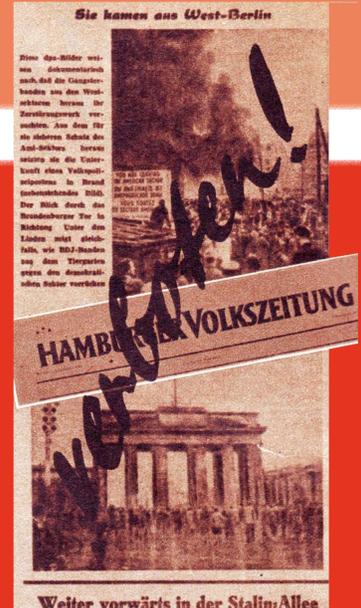
25.06.1953

Bekanntmachung des Beschlusses über die Regelung der Bezahlung ausgefallener Arbeitszeit infolge Arbeitsniederlegungen.

Zum zweiten Mal vom Faschismus befreit wurden wir durch das tapferere Eingreifen unserer sowjetischen Freunde. Wäre es nach dem Willen der westlichen Kriegshetzer und ihrer bezahlten Agenten gegangen... halb Berlin hätte gebrannt, Hunderte von Toten lägen auf den Straßen. So wurde ein zweites Korea verhindert. Ruhe herrscht wieder am Potsdamer Platz. Der Schutz der Sektorengrenze liegt in den Händen der stärksten Friedensmacht der Welt



NBI 01.07.1953



Weiter vorwärts in der Stalin-Allee

